Davos oder Porto Alegre

Samuel P. Huntington und Johan Galtung im Streitgespräch

Der Politologe Samuel P. Huntington, weltweit bekannt geworden durch sein in 26 Sprachen übersetztes Buch „The Clash of Civilizations and the Remaking of Political World Order" von 1996, und der Soziologe und Mathematiker Johan Galtung, Gründerfigur der Friedens- und Konfliktforschung und Träger des Alternativen Nobelpreises von 1987, kennen sich persönlich seit den späten 50er Jahren, als beide an der Columbia University in New York lehrten. Am 22. Oktober 2005 trafen sie sich zu einer Diskussion über die Herausforderungen der Globalisierung auf Schloss Neuhardenberg im Land Brandenburg; die Moderation hatte Constantin von Barloewen. – D. Red.

v. Barloewen: Auf der jüngsten UNESCO-Generalkonferenz vom 3. bis 21. Oktober in Paris hat die Vollversammlung nach jahrelangen Verhandlungen entschieden, dass die Diversität der Kulturen, also der Schutz der kulturellen Vielfalt, in den Verfassungs-Präambeln aller Mitgliedstaaten verankert werden soll. Sämtliche Staaten haben zugestimmt, mit zwei Ausnahmen: Israel und Amerika. Man fragt sich, warum? Die Antwort ist einfach: Amerika glaubt an ein liberales Wirtschaftsmodell, das alles, vom Auto bis zur Waschmaschine, aber eben auch die Kultur, dem freien Markt überlassen will. Die anderen Staaten sind da wesentlich skeptischer, Europäer wie Nicht-Europäer. Ihre und unsere Frage heute Abend lautet: Wie viel Globalisierung verträgt der Mensch in einer friedvollen Zukunft im 21. Jahrhundert?

Huntington: Nun gut, wie sieht es also aus, das Verhältnis von Globalisierung und Frieden? Mein Kollege, Professor Galtung, war jüngst Mitherausgeber eines Buches, das sich detailliert mit den derzeit in der Welt stattfindenden 45 Konflikten und mit den Möglichkeiten, sie zu verhindern, auseinandersetzt. Diese Konflikte sind heute Teil der globalisierten Welt, wir finden sie in Nordirland, also in Europa, ebenso wie in der ehemaligen Sowjetunion, in Süd- und Ostasien, Afrika, dem Nahen Osten, Süd- und Mittelamerika sowie in der Karibik. Wir leben also in einer Welt, die brutal ist, blutig und gewalttätig. Es ist eine Welt, in der man eigentlich nicht gerne lebt.

Schauen wir uns aber die Untersuchungsergebnisse genauer an, so erkennen wir, dass insgesamt ein Rückgang der Konflikte zu verzeichnen ist. Der erst vor drei Tagen veröffentlichte *Human Security Report* der Vereinten Nationen weist nach, dass seit 1992 die Konflikte in der Welt um 40 Prozent zurückgegangen sind. Seit 1988 ist die Zahl der Menschen, die infolge ideologischer, politischer und religiöser Auseinandersetzungen zu Tode kamen, sogar um über 80 Prozent zurückgegangen. Insofern können wir fast dankbar sein: Wir leben nicht mehr in der Welt von gestern – und dennoch haben wir es

weiterhin mit einem massiven Problem der Gewalt zu tun, das durch die wirtschaftliche Globalisierung teilweise positiv, teilweise negativ beeinflusst wird.

Galtung: Ausgangspunkt meiner Untersuchung ist eigentlich das Leben am Rande, genauer: am Ende der Welt. 125 000 Menschen sterben heute Tag für Tag – 25 000, weil sie verhungern, und 100 000, weil sie an Krankheiten leiden, die nicht geheilt werden können, weil sie kein Geld haben. In einem kapitalistischen System wird ja praktisch alles kapitalisiert, alles wird zu Geld und Kapital gemacht, auch mit Hilfe des Staatsapparats und der Zentralisierung. Die Folge ist, dass diejenigen, die nicht über Geld und Kapital verfügen, aus dem System der Globalisierung herausfallen. Das muss verhindert werden, damit sich an der Situation des Elends auf der Welt wirklich etwas ändert. Die Frage ist, wie dies geschehen kann.

Ich bin nicht grundsätzlich gegen den Kapitalismus, soweit es möglich ist, ihn mit einer Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse derjenigen, die ganz unten sind, zu verbinden. Grundlegende Bedürfnisse bedeutet: das Recht zu überleben, indem man hinreichend Bildung, Gesundheit, etwas zu Essen, Kleidung und eine Wohnung hat. Dazu gehört aber auch die Freiheit des Zugangs zu eigener Bedeutung und Kultur, zu einer eigenen Identität. Heute leben wir nicht in einer solchen Welt. Die soeben verabschiedete Resolution der UNESCO will genau diese Identität verteidigen, und allein die Vereinigten Staaten und Israel stimmten dagegen. Hier zeigt sich: Die USA sind heute ein isoliertes Land.

Ich wiederhole das, was ich schon vor ein paar Jahren gesagt habe: Ich liebe Amerika, aber ich hasse das US-Empire. Außerdem glaube ich, dass es im Jahr 2020 nicht mehr existieren wird. *Fini, mon ami!* Bereits 1980 habe ich prognostiziert, dass die Mauer in Berlin fallen und das Sowjetimperium zusammenbrechen würde. Bereits damals stand hinter meiner Voraussage eine Theorie der Globalisierung: Je stärker der Druck von oben ist, um diese vor allem ökonomisch zu betreiben, desto stärker wird auch der Widerstand dagegen. Dieser Widerstand ist also eine Folge der der Globalisierung immanenten Widersprüche. Wenn in diesem Prozess des Widerstandes aber eine Synthese oder Synergien möglich sind, entsteht leicht eine Situation, in der denen an der Spitze nicht mehr klar ist, was geschehen soll. Schauen wir uns heute George W. Bush an, so sehen wir eine demoralisierte Person, ein demoralisiertes Regime.

Globalisierung: Ein Drittel gegen zwei Drittel ?

v. Barloewen: Wenn wir über Frieden und Globalisierung sprechen, lieber Johan Galtung, wie würden Sie den Begriff der Globalisierung definieren?

Galtung: Globalisierung in einem friedensorientierten Sinne würde ich wie folgt definieren: ein System, in dem beide Geschlechter, die drei Generationen, die zeitgleich auf der Welt leben, alle „Rassen", alle Klassen wie auch die Menschen aller ungefähr 200 Staaten oder Nationen tatsächlich gemeinsam ein Leben in Würde führen können. Das bedeutet, dass die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt werden.

Was wir heute dagegen erleben, ist eine Globalisierung, die allein von Männern betrieben wird, von Männern mittleren Alters. Es ist also höchstens ein Drittel, das sich gegen mindestens zwei Drittel der Menschheit richtet. Es sind die angloamerikanischen und die mit ihnen verbündeten Staaten, lediglich eine Handvoll im Grunde, viele davon gar nicht mehr sonderlich eng verbunden mit der eigentlichen Idee Amerikas. Im engeren Sinne sind es wiederum die Weißen und die Oberschicht. Die Oberschicht ist vor allen Dingen die wirtschaftliche Oberschicht, die wiederum Unterstützung durch die militärische und politische Klasse erhält. Das hat jedoch keine Zukunft, das kann nicht so weitergehen. Es wird zunehmend zu struktureller Gewalt kommen, und deshalb glaube ich, dass die Studien, die Samuel Huntington eingangs genannt hat, nur von ganz kurzer Lebensdauer sein werden. Wir werden in Zukunft bedauerlicherweise eine ganze Menge erleben, was wir nicht gerne erleben möchten. Das heißt, es könnte sicherlich eine friedliche Globalisierung in dem von mir skizzierten Sinne geben, aber nicht auf dem Wege, den wir heute praktizieren.

Huntington: Dem stimme ich durchaus in vielen Punkten zu; im Grunde kann ich nur an wenigen Punkten widersprechen. Wie Johan Galtung liebe auch ich die USA und habe keine Sympathie für das amerikanische Empire. Dessen Schaffung habe ich nie befürwortet, gerade auch, was die Intervention im Irak und an anderen Orten der Welt anbelangt, die ja wesentlicher Teil dieser imperialen Bestrebungen sind.

Was dagegen die Definition von Globalisierung angeht, sind wir sicher nicht in allen Punkten einer Meinung, aber vielleicht sollten wir darüber ein bisschen später sprechen.

v. Barloewen: Die offizielle Definition von Globalisierung der OECD, die uns an dem Punkt vielleicht weiterhelfen könnte, lautet, dass es sich um einen Prozess handelt, in dem Märkte und Produktion in verschiedenen Staaten immer mehr und enger zusammenwachsen, nämlich durch das Überschreiten von Grenzen in Form von Dienstleistungen, Arbeitskraft, Kapital und Technologie. Das ist, in zwei Sätzen gesagt, die offizielle OECD-Definition von Globalisierung. Können Sie, Herr Galtung, damit etwas anfangen?

Galtung: Gewiss, das „E" in OECD steht ja bekanntlich für *economic*, also für ökonomisch. Diese Definition ist allerdings im Zusammenhang mit der Zeit ihres Entstehens im Jahre 1993 zu sehen. Es waren Wirtschaftswissenschaftler aus den USA, die diese Idee hatten. Es ging ihnen um die Legitimierung eines bestimmten Schrittes, nämlich um den Zugang zu den Börsen anderer Länder. Genau genommen war es eine Globalisierung nicht der Wirtschaft in einem umfassenden Sinne, sondern nur der Finanzwirtschaft. Vielleicht ist aber gerade dieser verengte Begriff von Globalisierung haften geblieben, der sich seither nicht nur auf die Finanzwirtschaft erstreckte, sondern mehr und mehr auch auf die Wirtschaft als Ganzes ausdehnte. Heute geht es dabei nicht nur um Waren im klassischen Sinne, sondern auch um Dienstleistungen. Letztendlich haben wir es mit einer grotesken Art der Eroberung der Welt zu tun. Die Definition aber, die ich in den Mittelpunkt stellen möchte, die der beiden Geschlechter, der drei Generationen usw., ist natürlich wesentlich mehr als

das. Und es gibt durchaus eine Institution, die hier etwas erreichen kann. Das sind die Vereinten Nationen. Heute hat die UNO ihr Zuhause in einem Umfeld, das nicht gesund ist. Wie sollten in Manhattan Lösungen der globalen Probleme möglich sein, wo sowohl die Botschafter der Vereinten Nationen als auch die CIA untergebracht sind? Eigentlich ist die UNO längst reif, Manhattan zu verlassen und sich einen anderen Standort zu suchen. Es gibt ja zum Beispiel in Honkong eine ganze Menge freie Grundstücke und Gebäude, warum sollte die UNO sich nicht in Hongkong niederlassen? Dort werden schließlich auch zwei der wichtigsten Weltsprachen gesprochen.

Zugegeben, in meiner Definition von Globalisierung steckt natürlich auch etwas Utopisches. Die UNESCO und andere UN-Instanzen leisten zwar bereits heute eine ganze Menge, aber noch viel mehr ist notwendig. Gegenwärtig sitzen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fünf ständige Mitglieder, vier christliche Länder und ein konfuzianisches. 1,3 Milliarden Muslime sind also nicht vertreten, das ist ein Skandal. Erforderlich wäre deshalb tatsächlich praktizierte Demokratie, ich meine damit eine Völkerversammlung der Vereinten Nationen, nach dem Prinzip *one man, one vote.* Mehr als eine Milliarde Inder haben heute ein Parlament, und auch die EU mit ihren mehreren hundert Millionen Einwohnern verfügt über eines. Wenn das also möglich ist, warum sollte es dann nicht auch eine Weltversammlung geben, mit jeweils einem Vertreter, einer Vertreterin für eine Millionen Menschen? Dann gingen Globalisierung und Demokratie tatsächlich Hand in Hand. Ein Land wie Schweden hätte dann zwar nur neun Abgeordnete, China dafür 1300 – aber frei gewählt, nicht ausgesucht. Wer das nicht mittragen kann, wäre eben nicht dabei. Die entscheidende Frage lautet, ob die USA tatsächlich bereit sind für diese Art globaler UN-Demokratie. Derzeit leisten sie in jeder erdenklichen Weise Widerstand dagegen. Dennoch hat es durchaus Sinn, ein bisschen idealistisch und optimistisch sein, zumal die Vereinten Nationen dieser Tage ihren 60. Geburtstag begehen.

v. Barloewen: Herr Huntington, vermutlich sehen Sie die Rolle der Globalisierung wie auch der Vereinigten Staaten etwas anders?

Huntington: Der Unterschied zu meiner Definition von Globalisierung besteht darin, dass Johan Galtung seine idealistische Definition eher als ein Konzept, als ein Projekt, mit einem Ziel begreift. Meine Definition dagegen beschreibt einen Prozess, der bereits angelaufen ist und weiter läuft. Dieser Prozess hatte in der Tat sehr negative, aber auch positive Konsequenzen. Die Globalisierung als Prozess ist eben eine Medaille mit zwei Seiten.

Was die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Globalisierung angeht, so sind sie lange Zeit die führende, treibende Nation gewesen. Aber das ändert sich gegenwärtig. Viele andere Länder bemühen sich sehr stark, ihre Rolle in der Welt auszuweiten, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch, was die gesellschaftlichen und kulturellen Einflüsse anbelangt. Das sehen wir in Japan und Ostasien, in Indien und Südasien, in Deutschland, aber auch in Mittel- und Osteuropa, in Saudi Arabien und in einem Großteil der arabischen Welt. Wir bewegen uns also bereits in Richtung einer Konkurrenzglobalisierung. Und ich glaube, vielleicht bin ich da optimistischer als Johan Galtung, dass diese Art von Wettbewerb eher positive als negative Ergebnisse zeitigen wird.

v. Barloewen: Glauben Sie also, dass Globalisierung früher oder später mehr Demokratie in den Ländern Afrikas und Asiens hervorbringen wird?

Huntington: Nein, das glaube ich nicht. Wie Herr Galtung bereits gesagt hat, verlief die Globalisierung bisher immer von oben nach unten. Demzufolge gab und gibt es Menschen auf der ganzen Welt, die sich dagegenstellen. Natürlich auch hier in Europa, wo die lokale Version der Globalisierung die Europäisierung ist. Deshalb haben wir jüngst bei den Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden massiven öffentlichen Widerstand erlebt. Dieser Widerstand gegenüber den globalisierenden Kräften existiert auf der ganzen Welt, wir werden deshalb in Zukunft wohl noch häufiger erleben, dass die Völker sich gegen das auflehnen, was sie als negative Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung empfinden und spüren.

Globalismus und Anti-Amerikanismus

v. Barloewen: Um gleich bei diesem Punkt zu bleiben: Mitte Oktober fand im spanischen Salamanca das Gipfeltreffen aller 22 lateinamerikanischen Staaten statt. Zwar kam Fidel Castro nicht, weil er Angst hatte, durch den Richter Baltasar Garcon verhaftet zu werden, aber dafür kam Hugo Chávez, der sich zunehmend als großer Gegenspieler der Vereinigten Staaten geriert. Und, erstaunlich genug, Venezuela wurde offiziell zum neuen Partner der Mercosur-Staaten gewählt, also der großen Staaten wie Brasilien und Argentinien. Chávez findet also in ganz Lateinamerika mit seinen stark anti-amerikanischen Parolen immer stärker Gehör – und nicht nur dort. Er verhandelt inzwischen auch mit dem Iran und anderen Staaten. Wie kommt es, dass das Klima zwischen Latein- und Nordamerika zunehmend feindselig wird? Ist das auch Ausdruck der Globalisierung, die hier besonders auf Widerstand stößt?

Galtung: An diesem Punkt ist die Antwort ganz einfach: Die Vereinigten Staaten sind bis heute 93 Mal in Lateinamerika eingeschritten. Und zwar immer dann, wenn jemand irgendwelche umverteilende Maßnahmen ergriff. Heute würden sie sicher auch Chávez lieber tot sehen, entsprechende Äußerungen sind jedenfalls schon gefallen. Ich habe viele Jahre meines Lebens in Lateinamerika verbracht und möchte deshalb ein wenig bei dem neuartigen Phänomen Chávez bleiben, einem „echten" Lateinamerikaner, der nicht weiß und nicht schwarz ist. Fidel Castro hat ihm gegenüber einen großen Nachteil, er ist blütenweiß, das heißt er könnte keine demokratischen Wahlen in Kuba gewinnen, ebenso wenig wie die Opposition in Miami. Denn Kuba ist heute ein schwarzes Land.

Che Guevara propagierte „Zwei, drei, viele Vietnams", das war seine Globalisierungsstrategie. Die ist gescheitert. Fidel Castros Politik besteht darin, 20 000 Ärzte und Zahnärzte nach Venezuela zu schicken – weshalb die einheimischen Ärzte in den Slums von Caracas sich bereits darüber beschweren, dass sie keine Arbeit mehr bekommen. Aber in der Zwischenzeit betreibt Chávez reale Umverteilung: Die Indianer in Venezuela bekommen über eine Million Hektar Land, 600 Krankenhäuser und 4000 Stationen wurden gebaut,

die untersten Bevölkerungsschichten wurden mit dem Notwendigsten versorgt. Schließlich hat Chávez, im Gegensatz zu Castro, dafür auch das erforderliche Geld aus den Ölexporten.

Kurzum: Chávez ist jetzt der neue Held Lateinamerikas und zunehmend auch in anderen Teilen der Welt. Auch wenn wir ihn populistisch nennen, es hilft nichts: Die demokratische Mehrheit für ihn ist sichergestellt. Das stellt eine Globalisierung von unten dar, und diese artikuliert sich jedes Jahr in Porto Alegre, wo Chávez im letzten Jahr frenetisch gefeiert wurde. Dort werden Erfahrungen ausgetauscht, wie man sich selbst organisieren kann. Diese Globalisierung von unten wird immer mehr zum Gegengewicht der Globalisierung von oben, für die das gleichzeitig stattfindende Treffen in Davos steht. Es ist interessant zu beobachten, dass die Leute in Porto Alegre sich nicht mehr gerne mit jenen in Davos unterhalten; sie sind einfach nicht mehr an der Globalisierung von oben interessiert.

Wir können heute aber nicht über Globalisierung sprechen, wenn wir das nicht im Kontext des amerikanischen Imperiums tun. Ich habe dessen Auswirkungen auf der ganzen Welt gesehen. Soeben ist ein Buch eines Amerikaners erschienen, John Perkins *Bekenntnisse eines Economic Hit Man,* sprich: eines Wirtschaftskillers.[1] Hier wird dargestellt, wie überall in der Dritten Welt große Kredite unter der Bedingung vergeben werden, dass anschließend US-Firmen die Aufträge bekommen. Diese Kredite sind so groß und damit so schwer zu bedienen, dass sie die Länder völlig ruinieren. Zugleich wird die Bestechung von Politikern für militärische Großprojekte und der Stimmenkauf in der UN-Generalversammlung geschildert. John Perkins endet mit der Frage, woher er das alles wisse. Seine Antwort ist ganz einfach: Er hat es selbst gemacht.

John Perkins wurde von der National Security Agency und der internationalen Beratungsfirma MAIN zum Wirtschaftskiller ausgebildet. Über zehn Jahre beriet er im Auftrag von MAIN zahlreiche Entwicklungsländer und veranlasste sie durch übertrieben optimistische Prognosen zu überdimensionierten Technikprojekten, die die Länder hoffnungslos verschuldeten und damit in Abhängigkeit brachten. Aufgrund von Gewissenskonflikten verließ Perkins schließlich die Firma. Heute leitet er die Organisation „Dream Change Coalition", die zusammen mit den indigenen Völkern Südamerikas deren Umwelt und Kulturen schützt. Sein Buch wird verfilmt, und der Film wird auf der ganzen Welt gezeigt werden.

Das ist nur ein weiteres Indiz, aber ich bin sicher, dass das amerikanische Imperium sich seinem Ende nähert. Schon heute ist es nur noch ein vorübergehendes Phänomen, an dem sich zeigt, dass es irgendwo eine Grenze dessen gibt, was man an Verbrecherischem tun kann. Was wir also derzeit herkömmlicherweise Globalisierung nennen, ist, um mit Erich Honecker zu sprechen, lediglich der real existierende Globalismus.

v. Barloewen: Herr Huntington, wie sehen Sie das Phänomen des Anti-Amerikanismus im Kontext der Globalisierung?

1 John Perkins, Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia, München 2005.

Huntington: Es gibt in der Tat einen wachsenden Anti-Amerikanismus auf der ganzen Welt – und das ist ein völlig natürliches Phänomen. Die Vereinigten Staaten sind die dominierende Weltmacht, sie haben Interessen überall auf der Welt und möchten überall intervenieren, um diese Interessen zu verteidigen und zu fördern. Die USA versuchen also, Einfluss zu nehmen auf das, was auf der Welt passiert. Das ruft natürlich Widerspruch hervor.

Die Hauptstaaten in den großen Regionen der Welt – also zum Beispiel Frankreich und Deutschland in Europa, der Iran im arabischen Raum und Brasilien in Lateinamerika – zeigen am meisten Anti-Amerikanismus, denn ihre Regierungen und politischen Führer haben natürlich das Gefühl, dass sie selbst den größten Einfluss in ihrer Region haben sollten. Es ist schließlich ihr Hoheitsgebiet, in das die Vereinigten Staaten aus Eigeninteresse eindringen. Das ist also eine ganz natürliche Feindschaft, die sich da entwickelt. Diese Feindschaft ist aber nicht auf diese großen regionalen Staaten beschränkt, sondern Anti-Amerikanismus ist aufgrund der Auswirkungen der globalen amerikanischen Aktivitäten, genauer: aufgrund der wahrgenommenen Auswirkungen dieser Aktivitäten, sehr weit verbreitet. Wenn Sie die Geschichte betrachten, können Sie erkennen, was passiert, wenn ein Staat mächtiger wird als die anderen: Dann wird dieser Staat verteufelt; er wird für alles verantwortlich gemacht. Das ist eine ganz einfache und natürliche Reaktion, denn als mächtigster Staat beeinflusst er alles, was passiert, und wird folglich auch für alles Schlechte zur Verantwortung gezogen.

Heute sind die Vereinigten Staaten in dieser Position. Herr Galtung hat aber zu Recht darauf hingewiesen, dass der amerikanische Einfluss in den nächsten Jahrzehnten zurückgehen wird. Und der Einfluss anderer Länder, einschließlich der Europäischen Union und vor allem der Einfluss Chinas, wird sehr stark ansteigen. Wir entwickeln uns also in Richtung einer gleichmäßigeren Machtverteilung.

Die neue Dreiteilung der Welt

v. Barloewen: Herr Huntington, Ihrer Analyse zufolge gibt es unterschiedliche Bedrohungen durch Globalisierung. Sind also bestimmte Staaten resistenter als andere?

Huntington: Peter L. Berger und ich haben jüngst Japan, China und Indien als drei Staaten identifiziert, die in der Tat resistenter gegenüber der Globalisierung zu sein scheinen als die übrigen.[2] Der Verlust an Identität trifft vor allem die schwächeren, zum Beispiel die afrikanischen Staaten, die sich dem Druck der ökonomischen Globalisierung fast nicht entziehen können.

v. Barloewen: Herr Galtung, stimmen Sie dieser Einschätzung zu?

Galtung: Was die Analyse der Machtverhältnisse anbelangt, stimme ich mit Samuel Huntington überein. Es gibt darüber hinaus aber noch weitere wichtige Aspekte hinsichtlich der Globalisierung. Unterschiedliche Zivilisationen

2 Peter L. Berger und Samuel P. Huntington (Hg.), Many Globalizations, Cultural Diversity in the Contemporary World, Oxford 2002.

haben unterschiedliche Weltsichten. China zum Beispiel folgt immer noch der Idee von Konfuzius, wonach die Welt in fünf Teile geteilt ist. China ist das Königreich in der Mitte, und im Norden, Süden, Osten, Westen leben die Barbaren. Von Barbaren umringt zu seien, muss schrecklich sein. Jedenfalls ist es kein guter Ausgangspunkt für die Globalisierung. Und auch die Vereinigten Staaten sind kein guter Ausgangspunkt, weil sie die Welt in drei Teile teilen, mit sich selbst im Zentrum und einer riesigen Peripherie um sich herum, die sie wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell zu dominieren versuchen. Außerhalb dieser Peripherie gibt es dann das Reich des Bösen, wo der Satan überall lauert. Und richtig gefährlich wird es, wenn die Vereinigten Staaten unter ihrem Präsidenten Bush jetzt auch noch die Idee haben, das von Gott ausgewählte Land zu sein.

Einerseits gibt es also auf der ganzen Welt einen Trend zum Universalismus, aber andererseits gibt es auch einen gewissen Trend zu jener Dreiteilung der Welt in Zentrum, Peripherie und Reich des Bösen. Welche Rolle spielt dabei die Europäische Union? Wir Europäer stehen derzeit zwischen diesen beiden Positionen, und es ist aufgrund der eigenen historischen Erfahrung unsere Aufgabe, für eine Entwicklung im Sinne der Allgemeinen Menschenrechtserklärung zu sorgen. Dass wir alle gleich sind, ist im Prinzip der Kern der wirklichen Globalisierung. China, die USA, aber auch Japan zum Beispiel, das sich noch immer als den „Ursprung der Sonne" begreift, haben da noch einen langen Weg vor sich. Das ist eine zivilisatorische Aufgabe.

Auch darum geht es in Porto Alegre. Ich erinnere mich an ein Seminar mit Schreinern aus der ganzen Welt. Was haben die diskutiert? Wie sie gemeinsam gegen die Kunststoffindustrie angehen können, das war ihre Sorge. Schreiner aus Afrika, Asien und Lateinamerika haben den gleichen Kampf zu kämpfen. Ihr Handwerk erodiert, und sie versuchen, etwas dagegen zu tun. Wenn sich diese Art von gelebter globaler Solidarität verbreitern ließe – ohne einen Ort zum Zentrum zu machen, denn jeder Ort ist im Prinzip ein Zentrum und niemand lebt in der Peripherie und ist weniger wert –, wäre zivilisatorisch eine Menge gewonnen. Ich bin im Zentrum in Washington und auch in der Nähe von Al Qaida in Afghanistan gewesen, da war von einem Dialog der Zivilisationen und Kulturen keine Rede. Mehr noch: Wenn Sie die ganze Weltpresse nach dem 11. September durchlesen, finden Sie kaum Derartiges. Da finden Sie immer nur die Frage, wie kämpfen wir gegen den anderen? Wer gewinnt und wer verliert?

v. Barloewen: Kann man sich, was das Zivilisationsthema anbelangt, eine Modernisierung ohne Verwestlichung vorstellen? Kann es Alternativen geben zu einer westlichen Modernität? Etwa in Indien oder in China oder sogar in verschiedenen islamischen Traditionen, die sich derzeit in ihren anti-fundamentalistischen Bewegungen auch sehr stark anti-modern artikulieren?

Huntington: Ich habe in meinen Büchern ausführlich deutlich gemacht, dass eine Modernisierung ohne Verwestlichung sehr wohl möglich ist. Die Frage ist allerdings, was mit den Begriffen gemeint ist. Modernisierung meint in diesem Zusammenhang ja meist die wirtschaftliche Entwicklung. Auch da haben wir weltweit eine Verbesserung des Lebensstandards zu konstatieren.

Natürlich gibt es nach wie vor sehr viele Arme auf der Welt. Aber wenn wir das einmal historisch betrachten und mit dem Leben der Menschen in der Vergangenheit vergleichen, sind die Armen heute recht reich. Wenn wir die Situation also empirisch betrachten, haben wir im Zuge der Globalisierung bereits einiges erreicht.

Was die von Herrn Galtung angesprochene aktuelle US-Regierung anbelangt, ist die Unterstützung in der Bevölkerung für den Präsidenten von weit über 60 auf 38 Prozent gesunken. Das ist auch eine Folge des amerikanischen Engagements in der Welt und natürlich insbesondere des Krieges im Irak. Die Umfragen belegen auch, dass die amerikanische Öffentlichkeit der Meinung ist, dass es mehr gleichberechtigte Teilhaber an der Macht in der Welt geben müsse. Es gibt also auch hier zunehmend Kritik daran, dass die USA sich weltweit einmischen. Anders ausgedrückt: Sowohl außerhalb als auch innerhalb der USA entwickeln sich neue Kulturen, wenn Sie so wollen. Die Entwicklung weist ganz deutlich in diese Richtung.

Galtung: Ob und wie Modernisierung stattfindet, hängt in der Tat von der Frage ab, wie man sie definiert. Beschreibt man sie als Verbindung von Staatslogik und kapitalistischer Logik, dann ist Japan ein gutes Beispiel dafür, dass Modernisierung ohne Verwestlichung möglich ist – selbst wenn auch dort der Prozess der Verwestlichung zunehmend greift. Dennoch gibt es einen starken Kollektivismus in der japanischen Gesellschaft, der nicht einhergeht mit dem Individualismus westlicher Gesellschaften, und es gibt eine Solidarität zwischen den Generationen, die konfuzianischen Ursprungs ist und im Widerspruch steht zu den Generationsbrüchen im Westen. Dass es im Westen angesichts neuer Realitäten zu Brüchen zwischen den Generationen kommt, erklärt auch, warum es in Deutschland überhaupt möglich war, die Nazi-Vergangenheit kritisch zu bearbeiten, wohingegen dieser Prozess in Japan bis heute so nicht stattgefunden hat.

v. Barloewen: Die Globalisierung scheint auch neue Formen politischer oder militärischer Konflikte mit sich zu bringen; man denke nur an die ethnisch-religiösen Konflikte in Zentralasien, in Südost-Europa, in Ost- und West-Afrika. Herr Huntington, erleben wir im 21. Jahrhundert tatsächlich neue Formen von Krieg, ist der von Ihnen beschriebene *Clash of Civilizations* wirklich unausweichlich?

Huntington: Zunächst einmal sage ich, dass die Konflikte zwischen den Völkern nicht notwendig durch die Globalisierung bedingt sind. Diese Konflikte gibt es bereits seit einer langen Zeit. Die Globalisierung hat sie natürlich beeinflusst. Es gibt jedoch auch hier liberale Wissenschaftler, insbesondere in den USA, die diese Entwicklung positiv einschätzen. Je mehr die Menschen sich gegenseitig verstehen, je mehr man sich global in eine gemeinsame Richtung bewegt, desto weniger Konflikte werde es geben. Ich selbst habe allerdings bisher noch keine empirische Studie gesehen, die belegen würde, dass Interaktion und globale Verbindung tatsächlich primär dazu führen, die Beziehungen zwischen den Völkern zu verbessern. Schauen wir uns dagegen die Geschichte Europas an, dann gab es in den vergangenen Jahrhunderten eine ganze Menge Interaktion, und trotzdem trug das nicht dazu bei, dass die Kon-

flikte beendet wurden. Letztendlich waren es die USA und die Sowjetunion, die hier intervenierten – und sich anschließend auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs gegenüberstanden. Natürlich hat man in Europa seine Lektion aus den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg gelernt. Dennoch bleibt abzuwarten, wie sich die globale Situation weiterentwickelt.

Galtung: Meine emprische Erfahrung besagt, dass man den Gedanken der *equity*, also von Gleichheit und Gerechtigkeit, berücksichtigen muss. Denn Interaktion allein führt nicht zu Frieden, equity sehr wohl. Was bedeutet equity in Bezug auf die vier Arten der Macht, also wirtschaftlich, politisch, kulturell und militärisch? Wirtschaftliche Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Seiten ungefähr gleichmäßig von der Globalisierung profitieren müssen. Die zweite, politische Dimension von equity verlangt Gleichberechtigung, Offenheit und Transparenz der Vereinbarungen, die man miteinander eingeht. Gleichberechtigung auf kultureller Ebene bedeutet, dass man sich als ein Land unter anderen versteht. Das schließt jeden *exceptionalism*, also den amerikanischen oder sonstigen, aus. Militärisch schließlich bedeutet equity gemeinsame Friedensbewahrung und die Internationalisierung der Sicherheit. Obwohl hier nach 1989 vieles geschehen ist, wurde bisher keine Stabilität, kein Gleichgewicht der Mächte erreicht. Geopolitisch betrachtet sind heute in bestimmten Regionen Selbstmordattentäter eine größere Bedrohung der Stabilität als zum Beispiel Atomwaffen.

Huntington: Massenvernichtungswaffen stehen viel zu sehr im Mittelpunkt der Debatte, wie man aus der Geschichte lernen kann. Natürlich bedeuten sie ein enormes Zerstörungspotential, natürlich können Katastrophen passieren. Dennoch funktionierten sie bisher im Grunde als Abschreckung. Indien und Pakistan standen vor drei Jahren an der Schwelle eines Krieges, aber beide Staaten haben Atomwaffen und nicht zuletzt deswegen haben sie keinen Krieg gegeneinander geführt. Auch im Kalten Krieg hatten die Massen von Atomwaffen in den USA und in der Sowjetunion durchaus eine stabilisierende Wirkung in der Beziehung dieser beiden Staaten. Das ist ja auch der Grund, warum die USA sehr weit gegangen sind, um Waffenkontrollabkommen mit der Sowjetunion zu unterzeichnen. Ich halte Massenvernichtungswaffen deswegen nicht für gut, ich sage nur, dass ihre Wirkung komplex und ihre Existenz nicht immer nur schlecht gewesen ist.

Galtung: Dem stimme ich zu. Das wirft aber auch die Frage auf, ob nicht Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen hätte haben sollen, um ein Gleichgewicht zu den USA zu schaffen. Im Gerichtssaal in Bagdad sind wir derzeit mit einem Tyrannen konfrontiert, der angeblich 300 000 Menschen umgebracht hat. Dieser wird jedoch verurteilt von einem „Herrscher", der 1,3 Millionen Menschen hat sterben lassen, wenn man die Sanktionen der Vereinten Nationen von den 80er Jahren bis in die späten 90er Jahre zusammenzählt. Das hat mit equity, mit Gleichberechtigung oder Gerechtigkeit, nichts zu tun. Equity verlangt den Dialog der Kulturen; das bedeutet, dass man nicht nur toleriert, sondern dass man bereit ist, von der anderen Seite zu lernen. Ein Beispiel: Der Koran fordert in Kapitel 8, Sure 61 ausdrücklich Friedensbereitschaft: „Und wenn sie dem Frieden zugeneigt sind, dann seid auch

ihr ihm zugeneigt und vertraut auf Allah." Das wäre doch eigentlich ein gutes Rezept für George W. Bush nach *9/11* gewesen. Wenn er damals zu der Schlussfolgerung gekommen wäre, dass auch wir Fehler gemacht haben, wie eben auch die anderen in diesem fürchterlichen Drama, dann wäre die Geschichte anders verlaufen. Vielleicht wären dann heute 1,3 Milliarden Muslime tatsächlich bereit, auch ihm zuzuhören und ihm sogar zuzustimmen, ganz im Sinne von Kapitel 8, Sure 61.

Ich glaube nicht, dass *9/11*, die Bomben in Bali und die Anschläge in London tatsächlich mit Religion zu tun haben. All jene, die sich heute sehr sorgsam mit dem Islam als der vermeintlichen Ursache auseinandersetzen, sind auf dem Holzweg. Studieren Sie die Geschichte, befassen Sie sich mit 1916 und dem Versprechen der Freiheit für die Araber. Stattdessen wurden sie kolonialisiert. Schauen wir nach Libanon, Palästina und in den Irak. Der Irak ist ein Land, das im Grunde von zwei Beamten des englischen Außenministeriums konstituiert wurde. Wie viel Lebenserwartung gibt man der heute existierenden Abstraktion dieser Variante? In ihrer manichäischen Art, die Welt zu interpretieren, sie in Gut und Böse einzuteilen, sind sich Osama Bin Laden und George W. Bush eigentlich sehr ähnlich. Wenn man sich das vergegenwärtigt, findet man gerade in der Geschichte eine Lösung für das Problem, nämlich Worte der Entschuldigung, vielleicht auch des Respekts zwischen den Kulturen.

Vielleicht bin ich wieder zu idealistisch, aber ich denke an Monet und Schuman, zwei französische Politiker, die sich dafür engagierten, Deutschland wieder in die europäische Familie aufzunehmen. Auch wenn die Franzosen über die EU bis heute sagen, man zahlt als Deutscher und denkt als Franzose, hatte das damals auch mit Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zu tun. Man muss sich deshalb immer wieder die Erfolgsstories aus der Vergangenheit vergegenwärtigen, um heute die empirische Grundlage dafür zu finden, dass es auch mit der Globalisierung anders, friedlicher weitergehen kann.

v. Barloewen: Die Frage nach Dialog oder Konfrontation der verschiedenen Zivilisationsmodelle, die Johan Galtung gestellt hat und die auf Samuel Huntingtons *Clash of Civilizations* zielt, wirft natürlich die Grundsatzüberlegung auf, ob es bei derzeit über 190 Nationalstaaten mit Tausenden von Kulturen und Religionstraditionen nicht immer wieder zu Konflikten kommen muss – gerade angesichts einer Globalisierung, bei der die westlichen, metropolitanen Zentren nach Dominanz streben und dabei immer wieder auf archaischen Widerstand stoßen. Wenn aber die ökonomischen Imperative zunehmend einem spirituellen Aufbegehren, einer Identitäts-Revolte begegnen, welche praktischen Konsequenzen mit Blick auf die Globalisierung können wir daraus ziehen?

Huntington: Der gegenwärtige Prozess der Globalisierung ist konfrontiert mit Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen, die über einen langen Zeitraum in ihren Gesellschaften, in ihren Staaten und Nationen miteinander zu leben gelernt haben. Und auch die Nationen haben gelernt, miteinander zu leben, ungeachtet aller Unterschiede. Das ist es, denke ich, was alle internationalen Organisationen ebenfalls lernen müssen. Sicherlich ist dabei die UNO als das universellste Gremium, mit dem weitest reichenden

Mandat, essentiell dafür, dass nicht noch mehr Gewalt auf der Welt entsteht. Zumindest der Drang zur Gewalt kann von einer solchen Organisation etwas eingedämmt werden, auch wenn es bisher, wie gesagt, für eine Eindämmung der Gewalt im Zuge der Globalisierung keinen Nachweis gibt.

Galtung: Ich stimme Ihnen zu, dass es keinen Nachweis dafür gibt, dass die Globalisierung bisher weniger bewaffnete Konflikte zwischen den Staaten verursacht hätte. Meiner Ansicht nach wird durch die Globalisierung eine strukturelle Gewalt verursacht, eben in Bezug auf jene 125 000, die bereits heute jeden Tag sterben müssen, oder jene eine Milliarde Menschen, die im Jahr 2030 als Überflüssige auf der Straße leben werden oder emigrieren müssen. Die Welt wird im Zuge der Globalisierung immer weniger bewohnbar. Was aber kann man dagegen tun? Eine Chance besteht in der Globalisierung der Zivilgesellschaft. 1990 haben die NGOs drei berühmte Verträge ausgehandelt: den Vertrag gegen die gegen Personen gerichteten Landminen, den Schuldenerlass für die am wenigsten entwickelten Länder und den Vertrag, der zum Internationalen Strafgerichtshof führte. Fast alle Länder haben die Verträge anschließend unterzeichnet und ratifiziert; heute haben sie fast schon Gesetzeskraft. Wenn sich die NGOs einigen können, dann folgen die Staaten nach. Hier gibt es also einen eindeutig positiv globalisierenden Faktor. Leider gibt es auch auch hier nur ein Land, das alle drei Verträge nicht unterzeichnet hat: die Vereinigten Staaten von Amerika.

v. Barloewen: Wenn wir von Globalisierung sprechen, kommen wir um die Frage nach dem „Fortschritt" nicht herum. Handelt es sich bei Globalisierung letztlich um einen Fortschrittsbegriff, der aus der europäischen Aufklärung seit Descartes kommt und sich über die industrielle Revolution weiterentwickelt hat? Und wäre ein solcher Fortschrittsbegriff wirklich anwendbar auf Staaten anderer Kontinente, asiatische, afrikanische, lateinamerikanische? Oder kollidiert er zwangsläufig mit anderen Kultur- und Religionstraditionen?

Huntington: Die Definition von Globalisierung als Fortschritt ist natürlich wiederum eine sehr idealistische Definition und keine empirische. Wenn wir Globalisierung als Fortschritt definieren, ist das im Prinzip ein westliches Konzept – unabhängig davon, ob wir uns dabei auf Individualismus oder andere charakteristische Eigenschaften der westlichen Kultur konzentrieren. Doch andere Gesellschaften werden sich mit ihrer indigenen Kultur, den ihnen eigenen Werten dagegen wehren. Und sie werden die Veränderungen vornehmen, die sie in ihrer Kultur, aufgrund ihrer Werte für notwendig erachten, um den ihnen gemäßen Fortschritt zu erreichen, auf ihre eigene Art und Weise. Länder können große Verbesserungen erreichen, ohne dass sie das ganze Arsenal der westlichen kulturellen Konzepte übernehmen. Japan wurde als wunderbares Beispiel dafür bereits genannt. Man braucht also keinen Descartes, Voltaire, Locke oder Bentham, um Fortschritt zu erreichen.

Galtung: Ich glaube nicht, dass man ohne einen Fortschrittsbegriff leben kann. Ich selbst bin vom Buddhismus inspiriert. Buddhismus ist eine Religion ohne Gott, ohne Satan, ohne Paradies, ohne Hölle, ohne Seele. Und meine Studenten fragen: Was ist es denn dann? Warum nennen wir es Religion? Zentral im Buddhismus ist die Idee, dass wir uns selber anerkennen, ganz im Faust-

schen Sinne: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen." Die buddhistische Fortschrittsvorstellung zielt darauf, Leiden zu reduzieren und letztlich, ähnlich wie bei Goethe, Erlösung zu erreichen. Allein wirtschaftlicher Fortschritt ist demgegenüber eher von Übel.

Eine universell geteilte Dimension von Fortschritt, ganz im Sinne der Verringerung des Leidens, ist die Deckung der allgemeinen Grundbedürfnisse, also zunächst des bloßen Überlebens, anschließend das Erreichen von Wohlbefinden und schließlich spirituelle Freiheit und Identität. Diese Abfolge haben meine intensiven empirischen Studien und Dialoge mit vielen Menschen in vielen Ländern ergeben. Philosophen sind dagegen schlechte Ratgeber, die haben nicht genug Kontakt zu Menschen, sondern bloß zu anderen Philosophen. Dennoch: Ohne eine Vorstellung von Fortschritt können wir nicht leben und arbeiten.

Huntington: Wie Professor Galtung glaube natürlich auch ich an Fortschritt – wer glaubt auch nicht daran? Und wahrscheinlich liegen unsere persönlichen Wünsche hier gar nicht weit auseinander. Aber wenn wir uns fragen, was in den nächsten 10 oder 20 Jahren passiert, dann werden wir, so befürchte ich, nicht unbedingt den Fortschritt bekommen, den wir wollen. Das schließt Verbesserungen der globalen Bedingungen in Bezug auf wirtschaftliches Wohlergehen und eine Verringerung von Konflikten nicht aus.

v. Barloewen: Wie sollte sich nach Ihrer Ansicht die Globalisierung entwickeln, gerade was die Lösung von Konflikten betrifft? Wie überwindet man heute wirksam Kriege?

Huntington: Jeder Konflikt ist vor seinem spezifischen Hintergrund, seinen speziellen Ursachen zu sehen. Dabei stellt man fest, dass Konflikte, insbesondere Kriege, ganz selten durch Verhandlungen zwischen den beiden Parteien gelöst wurden. Wenn man die Hauptbeteiligten des Konflikts miteinander reden lässt, ist es schwer, ihn zu lösen. Selten nur finden sie eine Möglichkeit, sich zu verständigen. Man benötigt fast immer einen externen Agenten, der Einfluss nimmt und als Mediator, als Vermittler, hilft, den Konflikt zu lösen. Das geschieht häufig bei Waffenstillständen. Trotzdem sind auch diese friedlichen Lösungen nur selten von Dauer, weil die politischen Ursachen der Konflikte dabei nicht wirklich angegangen werden. Wenn man aber diese politische Dimension übersieht, führt eine der beiden Konfliktparteien den Konflikt in dem Moment weiter, in dem sie die Kraft hat, als Sieger hervorzugehen. Die ungenügende Beilegung eines Krieges ist also häufig der Grund für den nächsten Krieg.

Am sichersten endet ein Konflikt tatsächlich dann, wenn eine Partei definitiv über die andere siegt. Wenn das so ist, stellt sich natürlich die Frage, ob eine Intervention von außen wirklich im Interesse der internationalen Gemeinschaft oder der anderen Mächte liegt. Am sichersten ist die Intervention zu Gunsten des Stärkeren, damit dieser schnell gewinnt und der Konflikt zu einem Ende kommt. Das ist eine der Möglichkeiten, die man wählen kann, um Konflikte zu lösen. Die anderen Staaten und die Vereinten Nationen haben aber oft andere Absichten. Einerseits wollen sie Konflikte lösen, andererseits verfolgen sie ganz andere Ziele.

Galtung: Ich stimme mit der Beschreibung völlig überein. Was den Umgang mit Konflikten angeht, ist meine Erfahrung aus 50 Jahren Arbeit in diesem Bereich, dass der häufigste Grund des Scheiterns die fehlende Kreativität ist. Deshalb kommt es so entscheidend darauf an, stets ein bisschen über das hinauszudenken, was die Leute als Realität begreifen. Das ist eine Erfahrung, die nichts kostet und trotzdem neue Horizonte öffnet. Man sollte deshalb in seinem Denken auch über internationale Rechtsbestimmungen und das internationale Völkerrecht hinausgehen und die Chancen sehen, die jenseits dessen, im Unkonventionellen liegen – auch auf die Gefahr hin, dass es idealistisch oder utopisch wirkt. Die Notwendigkeit von Kreativität betrifft auch und gerade die Mediation zwischen Kriegsparteien. Sie hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn man beiden Seiten etwas Besseres bieten kann, als den Krieg doch noch zu gewinnen.

Huntington: Eine friedlicher globaler Zusammenschluss könnte sich in der Tat am kreativen europäischen Beispiel orientieren – ausgehend von den Zusammenkünften der wichtigsten Regierungschefs oder Monarchen vor gut 100 Jahren, um über drängende Probleme wie die Unabhängigkeitsforderungen ihrer „Kolonialvölker" zu diskutieren, über die Gründung des Europarats 1949 bis zur heutigen EU. Die Übertragung derartiger, bisher bloß europäischer Gremien auf die globale Ebene wäre ein echter Fortschritt. Eine schwache Version davon haben wir ja bereits mit den G8. Aber natürlich sind diese acht Staaten nicht repräsentativ für die Welt, schon weil die islamischen Menschen nicht vertreten sind. Man müsste deshalb die Institutionalisierung von repräsentativeren Gremien vorantreiben. Ich würde deshalb zwar kein Regierungskomitee, aber ein Beratungskomitee für die Welt vorschlagen.

v. Barloewen: Wir haben viel über die Auswirkungen der Globalisierung auf den Ort der Entscheidungsfindung und die Verlagerung des Regierens gesprochen. Wie wird das Verhältnis von Globalisierung und Nationalstaat in Zukunft aussehen?

Galtung: Ich denke, dass wir gegenwärtig in eine Zwischenperiode geraten, in der wir weder die alten funktionsfähigen Nationalstaaten noch eine neuartige, voll entwickelte Globalisierung oder Globalität haben. Die Entwicklung weist vielmehr in Richtung Regionalisierung, was ich durchaus positiv finde. Die Regionen, die sich derzeit herausbilden, sind zunächst einmal die stark erweiterte Europäische Union, zweitens eine islamische Gemeinschaft von Casablanca bis Mindanao auf den Philippinen, die allerdings große Schwierigkeiten haben wird, sich zu behaupten. Dann erleben wir derzeit auch eine Regionalisierung zwischen Nord- und Südamerika, und viertens schließlich bildet sich im asiatischen Raum eine weitere Staatengemeinschaft mit konfuzianistisch-buddhistischem Charakter heraus. Diese Regionen werden verstärkt versuchen, sich sowohl kulturell, wirtschaftlich, politisch, aber zum Teil auch militärisch eigenständig zu organisieren. Und die Vereinigten Staaten als Supermacht im Abstieg mit weiterhin globalem Geltungsanspruch wollen das verhindern. Ich denke aber, es sollte gute Beziehungen zwischen den Regionen geben, und dafür setze ich mich ein.

Huntington: Das, was Johan Galtung als die Herausbildung von Regionalismus beschreibt, entspricht auch meiner Beobachtung, dass nämlich internationale Organisationen normalerweise erst dann gebildet werden, wenn eine große Macht, ein führendes Land, die Führerschaft übernimmt. Es tut dies, weil es in seinem Interesse ist, einen derartigen Verband zu gründen, um in ihm die dominante Macht zu sein. Solange jedoch kein Staat sieht, das eine solche Organisation in seinem Interesse ist, wird er auch nicht die Macht und die Entschlossenheit aufbringen, eine solche Organisation zu schaffen.

Die Vereinigten Staaten haben in der Vergangenheit Dutzende von internationalen Verbänden und Organisationen gegründet und sind dort zumeist noch immer die dominante Macht. Wenn wir aber derzeit in der Tat eine derartige konkurrierende Regionalisierung erleben, spricht dies umso mehr für einen Weltkongress, bei dem sich die Führer der regionalen Verbände, also im Prinzip die jeweiligen dominanten Länder, an einen Tisch setzen und darüber verhandeln, wie die globalen Probleme zu lösen sind.

Anzeige

Zukunft Mensch

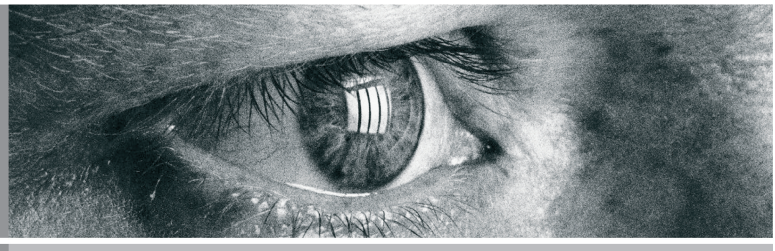

Foto: Martin Langer

Damit ein Gefangener sein Leben nach der Haft ohne Straftaten führen kann, braucht er heute Hilfe. Bitte spenden Sie Menschen in Haft die »Blätter für deutsche und internationale Politik« zum Preis von jährlich 54,60 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »Blätter«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Freiabonnments für Gefangene